

Holocaust-Gedenken**Flagge zeigen**

Von Siegfried Lambert

Es ist eine ziemlich törichte Frage, deshalb wird sie meistens hinter vorgehaltener Hand gestellt: Muss das sein, dieses hartnäckige Erinnern an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte? Eines, das beinahe 70 Jahre zurückliegt?

Ja, es muss sein. Denn in Deutschland macht sich wieder das große Vergessen breit. Jeder fünfte junge Erwachsene kann einer Umfrage zufolge nichts mit dem Begriff Auschwitz anfangen. Von den unter 30-Jährigen wissen 21 Prozent nicht, dass dieser Name für ein Vernichtungslager steht und ein Symbol für den Völkermord und die Millionen Menschen bildet, die vom Hitler-Regime umgebracht wurden. Beschämend, dass sich vor diesem Hintergrund eine neue Judenfeindlichkeit in unsere Gesellschaft hineinfrißt. Der aktuelle Antisemitismusbericht geht davon aus, dass ein Fünftel der Bevölkerung davon betroffen ist.

Wer einmal in der Gedenkstätte von Auschwitz war und die niederschmetternden Details der Vernichtungsmaschinerie mit eigenen Augen gesehen hat, wird für sein ganzes Leben lang immun gegen den neuen Faschismus. Es ist wichtig, nicht zu vergessen. Flagge zu zeigen gegen den braunen Unflat, wie es an diesem Wochenende überall in Deutschland geschieht. Und Zeitzeugen wie Marcel Reich-Ranicki, einem Überlebenden des Warschauer Ghettos, aufmerksam zuzuhören. Denn der Satz des US-Philosophen George Santayana hat nach wie vor Gültigkeit: Wer sich nicht an die Vergangenheit erinnern kann, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.

Steuermehreinnahmen**Geldsegen in der Krise**

Von Roland Töpfer

Fast 71 Milliarden Euro an Steuern flossen im Dezember auf die „Geschäftskonten“ von Wolfgang Schäuble und Co., so viel wie nie zuvor. An den Geldsegen wird man sich bald wehmütig erinnern, weil er nicht von Dauer ist. Wenn sich das Wachstum abschwächt, was in diesem Jahr der Fall sein wird, gehen auch die Steuereinnahmen zurück. Das vom Aufschwung verwöhnte Kabinett von Angela Merkel muss nun das Sparen lernen. Das ist ungleich schwieriger, als aus dem Vollen zu schöpfen und die Haushaltssorgen mit steigenden Einnahmen zu lösen. Dazu kommt, dass es selten so verlockend war, neue Schulden zu machen. Frisches Geld war für den Bund noch nie so billig wie jetzt – der Krise in Euroland sei Dank. Die Kassenlage kann sich schnell ändern. Zwar dürfte der Bund zunächst noch eine ganze Weile von niedrigen Zinsen profitieren. Doch am Horizont zeichnet sich ab, dass die deutschen Investitionen in die Stabilisierung der Eurozone aufgestockt werden müssen. Einen Vorgeschmack gab Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker, der schon mal darauf hinwies, dass nach einem Schuldenerlass der Privatgläubiger für Griechenland auch die Euro-Staaten in die Pflicht genommen werden könnten. Deren Engagement besteht bislang vor allem aus Bürgschaften und günstigen Krediten.

Pressestimmen**Befristete Verträge**

Nürnberger Zeitung: „Projekt-Nomaden haben kaum Zeit und oft keine Möglichkeit, eine Familie zu gründen. Sie müssen immer auf dem Sprung sein. Mal werden sie gut verdienen, mal wird Ebbe in der Kasse herrschen, wenn die Konjunktur schwächelt. Das erschwert die Lebensplanung und sorgt für eine latente Ungewissheit. Die ‚Generation Praktikum‘ wird von der ‚Generation befristete Arbeit‘ abgelöst. Frage: Wollen wir das wirklich?“

Augsburger Allgemeine: „Befristete Verträge sind für Arbeitgeber ein adäquater Weg, um Auftragsspitzen abzufedern. Denen, die sie annehmen, müssen sie aber als Brücke in die reguläre Beschäftigung dienen – und nicht in unendliche Befristungsketten. Der EuGH (...) hat nur bestätigt, was schon jetzt gültig ist: Arbeitgeber können so viele befristete Verträge aneinanderstücken, wie sie wollen – sofern sie nur einen Grund dafür finden.“

**Impressum**

Verlag
Badisches Tagblatt GmbH
Postfach 10 00 33
76481 Baden-Baden
Stephanienstraße 1-3
76530 Baden-Baden
Telefon 07221 215-0
www.badisches-tagblatt.de
info@badisches-tagblatt.de

Aboservice/Zustellung
Telefon 0 800 600 8 500 (gebührenfrei!)

Geschäftsführer
Eva Ertl, Dr. Dietmar Greiser,
Wolfgang Hoffarth

Chefredakteur
Markus Langer
Stv. Chefredakteur
Albert Noll

Ressorts
Nachrichten: Albert Noll;
Kultur: Christiane Lenhardt;
Sport: Frank Ketterer;
Journale und Sonderthemen:
Sabine Schwendemann

Leiter Lokalredaktionen
Patrick Fritsch (Baden-Baden);
Gerold Hammes (Bühl);
Thomas Senger (Murgtal);
Egbert Mauderer (Rastatt)

Anzeigenleiter
Stefan Hörig
Private Kleinanzeigen
Telefon 0 800 600 8 600 (gebührenfrei!)

Vertrieb
TOPP-Service GmbH, Rastatt
Druck
GREISERDRUCK GmbH & Co. KG, Rastatt

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 58 vom 1. Januar 2012.
Bezugspreise: Abonnement: 28,10 € / Postbezug: 31,45 €

Mit Kanonen auf Spatzen

Nicht unbedingt ein Grund zum Feiern: Der Radikalenerlass wird 40 Jahre alt

Von Dieter Giese

Baden-Baden – Klaus Lipps, Jahrgang 1941, ist pensionierter Gymnasiallehrer. Er hat Sport, Französisch und Mathematik unterrichtet. Und er hat es sehr gern getan, wie er sagt – zuletzt am Richard-Wagner-Gymnasium in Baden-Baden. Vor fünf Jahren wurde er aus Altersgründen in den Ruhestand versetzt – und erhielt eine Urkunde des Landes Baden-Württemberg, mit der ihm für 40 Jahre treue Dienste gedankt wird. Was auf den ersten Blick wie eine klassische deutsche Beamtenlaufbahn aussieht, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als ein Stück Zeitgeschichte – spannend für die Nachgeborenen, aufreibend für alle, die betroffen waren in den 70er Jahren vom sogenannten Radikalenerlass, den man seinerzeit noch mit einem „ß“ am Ende schrieb.

Beschlossen worden waren die „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst“ von den Regierungschefs der Bundesländer und von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) am 28. Januar 1972. Die Demokratie sollte – vor dem Hintergrund von Kaltem Krieg und RAF-Terror – wehrhaft bleiben gegen die inneren und äußeren Feinde. So weit die Theorie. In der Praxis wurde der „Radikaler- oder Extremistenerlass“ schnell zu einem politischen Ärgernis – weil eine offene Gesellschaft nun mal keine mehr ist, wenn zu viele Mauern errichtet werden. Willy Brandt hat den Erlass später als Fehler seiner sozialliberalen Regierung eingestuft, sein Nachfolger Helmut Schmidt konstatierte, man habe mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Seine Regierung kippte 1976 folgerichtig den Erlass; aus der Welt waren die „Berufsverbote“, wie Kritiker plakativ, aber nicht ganz korrekt wetterten, damit jedoch keineswegs.

Beamter auf Probe mit DKP-Parteibuch

Für Klaus Lipps beginnt die Tour durch die Instanzen 1974. Er war 1971 in die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) eingetreten. Warum er gerade in die Nachfolgepartei der verbotenen KPD eingetreten ist, die sich dem Marxismus-Leninismus verschrieben hatte und deren Mitglieder von einem Teil der Kritiker als Stalinisten und vom anderen als verlängerter Arm Moskaus oder Ostberlins bezeichnet wurden? Man könnte eine gewisse Zwangsläufigkeit aus seiner Biografie ableiten: Der Vater, selbst Volksschullehrer, war einst in die NSDAP eingetreten, um im Beruf bleiben zu können, und hatte sich nicht von der braunen Vergangenheit lösen können. Näher waren dem Heranwachsenden ein intellektuelles Paar im gleichen Haus, Kommunisten beide. In der Freiburger Studentenzeit war er dann im SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) aktiv – inklusive Protest gegen den Vietnamkrieg. Vielleicht wollte Lipps mit dem Eintritt in die DKP gegen die zunehmende „Linken-hatz“ und die ersten Berufsverbote – ausgerechnet im sozialdemokratisch regierten Hamburg – Flagge zeigen. Fast zur gleichen Zeit trat der Freiburger seine erste Lehrerstelle am Bühler Windeck-Gymnasium an. Als Studienassessor und Beamter auf Probe.



17 Jahre hat sein Kampf gegen den Ausschluss vom öffentlichen Dienst gedauert: Der Baden-Badener Gymnasiallehrer Klaus Lipps.
Foto: Giese

Die Liaison mit der DKP kühlt relativ rasch ab. Ausgetreten ist er zunächst gleichwohl nicht: „Ich wollte nicht den Eindruck erwecken: Da tritt einer aus, nur weil er Lehrer bleiben will. Ich wollte in den Spiegel schauen können.“ An einer solchen Kohlhaas-Attitüde, die man ebenso wenig nachvollziehen muss wie das Engagement bei der DKP, ist manch anderer in diesen Jahren gescheitert. Lipps, der Gewerkschafter und Personalrat, aber zieht durch die Instanzen. „Ohne meine Frau und meine Freunde, ohne die Öffentlichkeit, die wir geschaffen haben, hätte ich das nicht durchgehalten“, sagt er heute.

Die erste Entlassung steht zum Schuljahresende 1975 an. Lipps klagt umgehend auf „Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung“ und siegt vor dem Verwaltungsgericht (VG) Karlsruhe. Er kehrt ans Windeck zurück – und wird dort Lehrer ohne Beschäftigung. Als er auch im Hauptsacheverfahren gewinnt, wird er nach Baden-Baden versetzt – und gewinnt wenig später auch noch im Berufungsverfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof.

Lipps kämpft an allen Fronten in diesen ersten Jahren. Er initiiert mit Freunden Veranstaltungen, protestiert, demonstriert, referiert, wirbt für seine Sache. Er weiß: „Öffentlichkeit ist die einzige Waffe, die wir haben.“ Rückhalt findet er auch im Ausland. Allein in Frankreich entstehen in diesen Jahren rund 200 Komitees gegen die Berufsverbote in Deutschland. Die Lipps drehen 1976 sogar einen halbstündigen Dokumentarfilm („Verfassungsfeinde“) über ihren Fall – und holen damit Preise bei den Kurzfilmtagen in Oberhausen. Gerade ist das Zeitdokument, das lange verschollen war, wieder aufgetaucht. Es soll demnächst bei „Youtube“



Schlussstrich: Lothar Späth sorgte für ein Ende im Fall Lipps.
Foto: dpa

eingestellt werden. 1979 wird er erneut entlassen, Kultusminister Roman Herzog (CDU), der spätere Bundespräsident, kündigt allerdings an, dass der Vollzug erst nach Abschluss des Rechtswegs stattfinden soll. Lipps und das Land gehen durch alle Instanzen: Es ist ein „Fall von grundsätzlicher Bedeutung“, heißt es. Am Ende weist auch das Bundesverwaltungsgericht die Beschwerde des Oberschulamts ab. 1987 wird Lipps zum Beamten auf Lebenszeit ernannt – endgültig gesiegt hat er aber auch damals noch nicht.

Winzergenossenschaft als Kolchose

So wie Lipps ergeht es in diesen Jahren vielen, die in der falschen Partei sind oder im Verdacht stehen, die falsche Gesinnung zu haben. Und nicht nur Lehrer kommen unter die Räder. Selbst Lokführer, Postbeamte, Justizvollzugsbeamte und sogar Friedhofsmitarbeiter verlieren ihren Job. Zum Teil ähneln die Aktionen einer Hexenjagd. Es wurde bespitzelt, unterwandert und mitgehört. Und manchmal treibt das Sammeln von Informationen sehr seltsame Blüten: „Herr Lipps hat im Mathematikunterricht so lange erklärt, bis es auch der Letzte verstanden hat“, ist in den Unterlagen zu lesen. Selbst ein Eintrag ins Poesiealbum wird ihm angekreidet: „Lernen, lernen und nochmals lernen“, hat der Pädagoge einem Zögling ins Heft geschrieben – dummerweise ein Zitat, das man Lenin zuschreibt. Und selbst am Stammtisch wurde mitnotiert: „Herr Lipps hat die Winzergenossenschaft am Kaiserstuhl mit einer Kolchose verglichen.“

Zum Teil haben ihm diese Blüten vor den jeweiligen Gerichten sogar genützt. Überhaupt habe er bei der Justiz Glück gehabt: In allen Verfahren hat er Recht bekommen. Dass es auch anders kommen können, weiß er nur zu gut. Es sind längst nicht nur Kommunisten, die in dieser bleiernen Zeit unter die Räder kommen. In Bayern werden auch schon mal einige aktive

SPD-Mitglieder aussortiert. Selbst ein Mitglied der Jungen Liberalen, der Jugendorganisation der FDP, trifft der staatliche Bannstrahl. Festzuhalten bleibt: Es sind fast ausschließlich Menschen mit linker Gesinnung, die betroffen sind.

In Bayern hält man am längsten am Erlass fest: Erst 1991 wird dort die sogenannte Regelanfrage beim Verfassungsschutz eingestellt. Bis zur Abschaffung dieser Regelanfrage sollen, so heißt es, bundesweit 1,44 Millionen Personen überprüft worden sein. Rund 11 000 Verfahren wurden im Laufe der Jahre eingeleitet, für rund 1100 Menschen war die Laufbahn im öffentlichen Dienst zu Ende oder konnte erst gar nicht beginnen.

Für Lipps – mittlerweile ein bundesweit prominenter Streiter gegen den viel kritisierten Erlass – droht auch nach 1987 das berufliche Ende. Kultusminister und VIB-Präsident Gerhard Maier-Vorfelder (CDU) kündigt dem missliebigen Lehrer erneut den Rauschmiss an. Aber als sich Lipps mit einem Schild vor der Brust vor dem Alten Bahnhof in Baden-Baden dem Ministerpräsidenten Lothar Späth in den Weg stellt, der auf dem Weg zur Feier „40 Jahre CDU“ ist, hat die Leidenszeit ein Ende. Späth redet mit Lipps und verspricht, sich zu kümmern. „Und daran hat er sich gehalten“, sagt Lipps heute und erinnert sich in diesem Zusammenhang an die Unterstützung, die ihm über die Jahre zuteil wurde – „bis in die Reihen der CDU hinein“.

1988, nach 17 Jahren, hat Lipps den Kampf gegen den Radikalenerlass gewonnen – und macht dann auch endgültig Schluss mit der DKP. Die Gründe sind vielschichtig, sagt er. Eine direkte Ursache heißt Tschernobyl – ein Super-GAU, der nicht mit der Doktrin der DKP in Übereinstimmung zu bringen war. Seine berufliche Laufbahn ist erst 1991 wieder auf der Spur, als er mit einigen Jahren Verspätung zum Oberstudienrat ernannt wird. Als er sich entschließt, wegen der finanziellen Einbußen zu klagen, ist es zu spät. Aber damit, sagt Klaus Lipps, kann er leben. Einer Partei will er sich nie mehr anschließen. Ein politischer Mensch mit linker Gesinnung ist er geblieben. Der pensionierte Pädagoge und Eigenheimbesitzer ist Mitglied bei Attac und kämpft gemeinsam mit seiner Frau Christina immer noch gegen das Bahnprojekt „Stuttgart 21“ – auch nach der Volksabstimmung. Mit Niederlagen einfach abfinden kann sich Klaus Lipps noch immer nicht.